

Konrad Hummel: Bilanz und Lehren des Augsburger Experimentes lokaler Engagementförderung

2002 ergab sich die Chance, in der bayerischen Großstadt Augsburg (270.000 Einwohner) konsequent „Bürgerengagementpolitik“ in der Kommunalpolitik umzusetzen.

Es war möglich, am Beispiel von Städten anzuknüpfen, die solche Wege punktuell schon gegangen waren, oder die, wie die Stadt Nürtingen, in einem temporären Netzwerk der Bertelsmann-Stiftung mitarbeiteten. Wichtig war in diesem Zusammenhang, dass die Initiative vom Sozialdezernenten selbst ausging mit Unterstützung des Oberbürgermeisters. Grundlage waren die Erfahrungen des Autors mit institutioneller Öffnung und zwölf Jahren landespolitischer Verantwortung beim Aufbau eines Landesnetzwerkes Bürgerengagement in Baden-Württemberg.¹

Das Label des Konzepts in Augsburg 2002 war „Bürgerstadt – eine Stadt für alle“

Ausgangspunkt war das Sozialreferat mit der Zuständigkeit für Kindergärten, Sozial- und Jugendamt, Stiftungen, Wohnungsbaugesellschaft, Altenheime und für Arbeitsmarkt (Umsetzung der Hartz-IV-Reformen).

Diese Politik war Bestandteil der gesamten Sozialpolitik der Stadt und darüber hinaus einiger Bereiche der Stadtentwicklung.

Sinn dieser Darstellung ist deshalb nicht „good practise“ von Augsburg, sondern eine Analyse und ein Beitrag zur notwendigen Konzept- (Theorie- und Politik-)Entwicklung, die Bürgerengagement braucht.

Platzierung des Bürgerengagements in der Kommune

Unter dem Namen „Bündnis für Augsburg“ folgten zahlreiche Vertreter aus den drei Sektoren Kommunalverwaltung/-politik, Wirtschaft/Arbeitgeber und -nehmer, Vereine/Verbände einem Aufruf des Sozialreferates, der einen gemeinsamen Wertebezug „unsere Stadt“ herstellte.

Auftakt war eine Veranstaltung im Rathaus. Anschließend wurde mit jährlicher Umbesetzung ein gemischtes Steuerungsgremium geschaffen mit gesetzten Vertretern aus drei Stadtratsfraktionen, von IHK, Sparkassen, Gewerkschaften und gewählten Aktivbürgern aus Projekten (zeitweise waren auch Vertreter von Kirchen und Beiräten dabei). Der Oberbürgermeister wurde durch den Dezernenten ständig vertreten, war aber zuverlässig bei den Hauptversammlungen (z. B. am jeweiligen Freiwilligentag) dabei.

Die Inanspruchnahme von alten Räumen des Verwaltungsteils des Rathauses (Bürgertreff) unter Einbeziehung des Freiwilligenzentrums (eines katholischen Ver-

bandes) mit weiteren „Untermietern“ wie der Bürgerstiftung und einem Schülerengagementprojekt „Change-in“ sowie dem Knotenpunkt des Landesnetzwerkes der Agenturen, setzten ein sehr wirksames Zeichen für den „Platz“ des Engagements.

Damit war ein Feld direkt zwischen traditioneller Vereinsarbeit/-förderung und Verwaltungspolitik mit wenig Konkurrenz geschaffen.

Bis Mitte 2008 haben ca. 800 Freiwillige in ca. 20 Projekten mitgemacht und Angebote aufgezogen, die auch weit ins traditionelle Engagementfeld Ehrenamt hineinreichten. Die Verbindung zum klassischen Feld des Ehrenamts und zu stadtteilorientierten Projekten wurde jahrelang sehr medienwirksam mit einem Shuttlebus in die Stadtteile durchgeführt. Völlig neu war der Aufgabenbereich Neubürgerempfang. Den gestalteten Freiwillige mit jeweils ca. 500 Teilnehmenden aus den angeschriebenen 6.000 Neubürgern je Kalenderjahr, gleichberechtigt neben dem Oberbürgermeister.

Dem Sozialdezernenten oblag die kontinuierliche Einbindung von Steuerungsgremien, Stadtspitze und Stadtrat.

Politik aus dem „Versteck“ holen und Institutionen öffnen

Sehr bald wurden für prinzipiell alle Politikfelder Paten- oder Botschaftersysteme angeboten (Job-, Demenz-, Sozial-, Familienpaten, Kulturbotschafter etc.).

Mit dieser Rolle nebst zugehöriger Schulung durch das jeweilige städtische Amt und der Unterstützung durch das Freiwilligenzentrum, wurde ein Einsatzfeld eröffnet, in dem professionelle Mitarbeiter (z. B. des Sozialamtes bei der Schuldnerberatung) und Freiwillige als „Tandem“ zusammenarbeiten, Sprechstunden z. T. vor Ort in Pfarrräumen etc. durchführen. Das zuständige städtische Amt öffnete sich.

Die effiziente Organisation und das öffentliche Image bescherte den Sozialpaten einen ständigen Zulauf, wobei das Sozialamt selbst die Aufgabe einer umfassenden Armutsprävention formulierte. Kleinere Verbände (zuständig für Wärmestuben) kooperierten, große Verbände (mit Schuldnerberatung) ignorierten das Konzept, anerkannten aber die große Akzeptanz der Sozialpaten.

Im Bereich von Kinder-/Jugendamt gelang die Installation mit vier K.I.D.S. – Familienstützpunkten. Diese Projekte wurden mit dafür motivierten Trägern als kommunale Freiwilligenleistung noch vor der Welle der Krippenausbauten aufgebaut. Sie entwickelten das offene Servicekonzept in Fragen der Kinderbetreuung und Elternengagement weiter.

Später gelang es, 12 Mehrgenerations-Stützpunkte an Träger so zu vergeben, dass Engagement und nicht „Zu-

schuss- und Planstellen-Politik“ im Vordergrund stand. Die Träger verfügen über ein Budget, das für Mieten, Sachkosten, Projekte, Gehälter etc. verwendet wurde. Es gab ständige Ansprechpartner im Kompetenzzentrum Familie, das parallel beim Jugendamt geschaffen wurde.

Die städtische Politik erwies sich gegenüber den Ämtern und freien Trägern als verlässlicher Partner subsidiärer, sozialräumlicher, bürgerorientierter Maßnahmen.

Zivilgesellschaft modernisieren durch reale Teilhabe

Mit einem umfassenden Beteiligungsansatz (dargelegt im Grünbuch zur Integration in der Stadt mit Befragung aller Verbände und im Weißbuch mit 20 Integrationsthesen unter Berücksichtigung aller abgefragten Positionen) gelang es, die Migration in der Stadt mit den Themen Demografie und Wertewandel zusammen zu thematisieren.

Es gelang, darüber unter Beteiligung örtlicher Experten zu informieren (Hearings) und das Vertrauen ethnischer Gruppen zu erwerben. Dies war möglich durch konkrete Teilhabeschritte (keine unverbindliche Befragungen und Statistiken, sondern Kleinstprojekte, z. B. mit der deutsch-russischen Landsmannschaft und türkischen Vereinen). Hilfreich war eine völlige Neuausrichtung der Sozialplanung auf diese Art von bürgerschaftlicher Sozialraumplanung.

In einem für Augsburg und viele Großstädte beispiellosen Prozess breiter Beteiligung „aus der zweiten Reihe“ der Betroffenen (unter dem Titel „Stadtteilmütter“ und unter „Öffnung“ des bisher „rein deutschen“ Kinderschutzbundes) wurden hunderte von Migrantinnen für die Unterstützung zweisprachiger Kindererziehung gewonnen und Kindertagesstätten um Mitwirkung gebeten. Daneben entstanden muttersprachliche Sorgentelefone (russisch/türkisch) auf Freiwilligkeitsbasis. Deutschsprachige und konfessionelle Beratungsstellen wurden um Kooperation gebeten.

Es gelang Stadtjugendring und Freiwilligenzentrum, ein Projekt Freiwilligenengagement („Change in“ – mindestens 40 freiwillig geleistete Stunden) jeweils für den ganzen Jahrgang der 14-Jährigen anzubieten mit Unterstützung von Mentoren (Freiwillige), die zwischen Schulen, inzwischen über 100 Einsatzstellen, und den Jugendlichen Kontakte herstellen. Dieses Projekt wurde an einer einzigen Stelle städtisch subventioniert, der Koordination im Freiwilligenzentrum, erweist sich aber als ein sehr breit wirkendes multidimensionales Projekt, weil es sogar über die „Tandem-Strukturen“ hinausreicht.

Mit dieser konsequenten Maßnahmenbegleit- und Projektorientierung konnten in Augsburg problemlos untypische Gruppen nach Alter, Schicht und Herkunft angesprochen und beteiligt werden.

Mit dem türkischen Dachverband konnte eine „neutrale“ Anlaufstelle in der Stadtmitte (und damit nicht in einem Moscheehinterhof) geschaffen werden.

Sportvereine und Stadtteilvereine wurden gewonnen für ein Stadtlaufevent, was ein Stadtteilbeteiligungswettbewerb (Anzahl der je Quartier beteiligten Läufer und Fanmeile mit Preisgeld für die Jugendarbeit) war. Auch damit sollten im Sinne der Gemeinwohlorientierung „spielerische Elemente“ und Anlässe genutzt werden.

Parallel dazu wurde das Ferienjugendprogramm der Stadt stärker auf Stadtteile, Vereine und Freiwillige ausgerichtet, wurden Hoffeste in Wohnquartieren der städtischen Wohnbaugesellschaft durchgeführt. So konnte vor Ort ein problemloses Miteinander neuer Aktionsformen und traditioneller Vereine erreicht werden.

Marktdienstleister mit Nachhaltigkeit-konfrontieren

Während Öffnung im politischen Bereich und Teilhabe im zivilen Bereich sich als wirksame Hebel der Engagementförderung erweisen, ist ein Paradigmenwechsel nutzen- und effizienzorientierter Leitbilder im Markt- und Dienstleistungsbereich ein schwieriges Unterfangen.

Wer überhaupt noch damit ringt, ob er – wie die städtischen Altenheime in Augsburg – sich dem Markt öffnen kann und will, hat keinerlei „Nerv“ für Bürgerschaftskonzepte. Im besten Fall haben sich Ehrenamtliche im Pflegevollzug erfolgreich eingenistet, ohne dass es zu einer aufeinander abgestimmten Institutionenpolitik gekommen wäre, bei der es um mehr Öffnung und Teilhabe geht, statt um punktuell Helfen.

Wer als Wohlfahrtsverband so mit seinen institutionellen Auslastungen und Personal beschäftigt ist, beteiligt sich höchstens, um seine Helfer und Mitglieder zu aktivieren: Warum macht ihr nichts, wenn die Stadt ein Bündnis anbietet?

Wer sich mit ökonomischen Zwängen auseinandersetzen muss, die nicht einmal marktförmig, sondern bürokratisch gesteuert werden, traut dem ökonomischen Faktor Engagement nicht über den Weg. Was dieser Faktor heute „einspart“ kann er möglicherweise wegen seiner Unwägbarkeit morgen nicht mehr bringen. Die Träger teurer Jugendhilfemaßnahmen im stationären Bereich nehmen den Kostendruck, der dadurch entsteht, dass es gelingt, in diesen sechs Jahren in Augsburg in der Sozialpolitik und in der Jugendhilfe eine Umsteuerung auf differenzierte Dienstleistungsformen hinzubekommen, als Vorwand, besonders kritisch bei Engagementbegleitprojekten zu sein.

Interessant ist die Erfahrung an allen diesen Schnittstellen, dass die Akteure am ehesten mitmachen, die selbst aus aktiven Initiativbewegungen kommen und allein des demokratischen Inputs wegen motivierter sind.

Ähnlich in der Kindergartenfinanzierung: Deren völlige Umstellung auf eine „Einzelkindabrechnung“ durch das Land verschärft eher das Misstrauen gegen Eltern,

Nachbarschafts- und Bürgerengagement. Es muss in Augsburg als Erfolg gewertet werden, dass parallel dazu Engagementprojekte etwa im Grün- und Spielplatzumfeld der Kitas lebhaft weiterbetrieben werden.

Wer auf schwierigen Mietern „sitzt“ und kommunalpolitisch dauernd neue „Wünsche“ und Zielgruppen bedienen soll, reagiert, wie die öffentlichen Wohnbauträger, auf eine gezielte Engagementpolitik wie auf einen ungedeckten Subventionswunsch.

Es gelingt dennoch in Augsburg, neue Wohnformen zugunsten von intergenerativem Wohnen im Zusammenspiel von Wohnbauförderung, Amt und Baupartnern mit einer Bürger-Ideenbörse, angemieteten Treffpunkten, Unterstützung bei sozialen Events durch die „Städtische Wohnbau“ etc. zu realisieren.

Wer aus Marketingabteilungen der Sparkassen Finanzzuwendungen an Bürgerprojekte dem Vorstand gegenüber als Werbemittel rechtfertigen muss, tut sich mit vernetzten Projekten schwer, weil diese in der Regel an vielen Partnern interessiert sind, also im Einzelfall auch an einer Bank, die jedoch nicht neben der Sparkasse „auftauchen“ darf und umgekehrt. Hier bewährte sich eine jahrelang Mitarbeit einer Marketingkollegin in der Steuerungsgruppe des Bündnisses. Schnittstellen wurden im Ansatz auch deutlich, wo frühere Sparkassen- und Bankenmitarbeiter als Schuldnerberater und Sozialpaten mitwirkten.

Es gelingt, ein städtisches Tsunami-Asien-Hilfsprojekt zu einem effizienten Bürgerschaftsprojekt mit Nachhaltigkeit zu machen. Nach drei Jahren gelingt durch jahrelange Verhandlungen mit Experten auf Sumatra eine punktgenaue Bücherbusinvestition in Banda Aceh. Die Alternative wäre eine einmalige Überweisung an einen globalen Rettungsverband gewesen. Im Sinne kurzfristiger Effizienz wäre der rasche Schritt richtig gewesen, von der Nachhaltigkeit bürgerschaftlicher Prozesse war die „Verlangsamung“ genau richtig.

Engagementpolitik muss aber akzeptieren, dass der gegenwartsbezogene situative Erlebnishorizont deutlich mehr Attraktivität hat als die langfristige Zukunftsinvestition – dies wird mit den kurzatmigen Sponsoringeffekten der Wirtschaft verstärkt.

Dass sich ausgerechnet wichtige Politikbereiche, die die Nachhaltigkeit für sich beanspruchen, beim Bürgerengagement schwer tun (Ökologie, Grün-Nahbereich) bedarf gesonderter Analysen. Hier hat sich ein Naturschutzbeauftragten- und Expertendenken verbreitet – in Verbänden wie BUND und auch Ämtern.

Deren moralischer Anspruch ist hoch und deren Wahrnehmung vom Bürger als Laien oder als Einfachnutzer (Schreibergartenvereine) lässt wenig Raum für pragmatische Lösungen wie für öffentliche Spiel- und Grünplätze (Patent, „neighbourhood-watch“, Kooperation Polizei – Jugendring – Grünordnungsamt).

Übrig bleiben eher ehrenamtliche „Blumenschmuck-Wettbewerbe“ statt einem Bürgerengagement, das sich mit sozialen Kontrollen auseinandersetzen müsste. Ähnliches gilt, wo das Sport-Bürgerengagement plötzlich abbricht, weil es jenseits der sportlichen Fitness und

Vereinsbelange um Sozialintegration schwieriger Jugendlicher gehen müsste. Das ist den meisten Vereinen zu aufwändig und Trainer erklären sich, bevor es zu Tandem-Modellen kommen könnte, für überfordert.

Folglich fördern nach Beobachtung in Augsburg auch Stifter (Rotary/Firmen etc.) eher vordergründige Projekte mit marginalisierten Menschen statt mit solchen, die sich selbst engagieren und nachhaltige Wege gehen.

Nachhaltig investieren in Engagement – Beispiele

Von 2002–2008 hat sich die kommunalpolitische Landschaft Augsburgs in ein Laboratorium für soziale Bürger- und Integrationsprojekte entwickelt.

Dennoch war unübersehbar, dass dies geringe Folgen für die klassischen Kommunalpolitikfelder hatte, so die Verkehrs- und Baupolitik.

Es wurde deshalb überlegt, wie Engagement im Investitionsbereich zu verankern wäre.

Bei der Renovierung der Jugendherberge wurde in Kooperation von Stadt, Jugendträger und Arbeitsmarktwirtschaft ein erhebliches Engagement von jungen Menschen ermöglicht. Mehr noch aber zielte das Bündnis darauf, beim Bau einer neuen Stadtbücherei einen virtuellen und materiellen Platz zu finden, also im Betreiberkonzept und im Haus für unterschiedliche Zielgruppen.

Umfassend war der Versuch, die Neuformatierung eines 15-Millionen-Projekts der Stadtbücherei als „Volksbildungszentrum“ so voranzubringen, dass sich Verwaltungseinheiten wie die Kinderfachabteilung oder der Seniorenbeirat ihren Platz in der Bücherei „verdienen“, durch Belegung und Mitarbeit (z. B. bei Öffnungszeiten und Verleih). Das Teilhabeangebot wurde von jungen Müttern, aktiven Senioren, Behindertenbeirat bald positiv wahrgenommen.

Allerdings wurde mit Sorge registriert, wie „offen“ sich die Arbeitsplätze „eingestreut“ in die Bücherei dann darstellen. Das Büchereiteam stolperte ohne lange Verständnisdiskurs in die „alte“ Ehrenamtsdebatte. Ohne zielorientierte Führung der Bücherei wurde die Sorge der Profis wiederholt, die Mithilfe Dritter würde sie ihre Arbeitsplätze kosten unter völliger Verknennung der Realitäten (Verdoppelung der Öffnungszeiten, Vervielfachung des Raumangebots und die Unmöglichkeit einer Vergrößerung des Personalbudgets).

Wie in einem gruppenspezifischen Experiment prallten Vorurteile aufeinander: z. B. Wer sichert den Buchbestand bei einer geöffneten Bücherei? Wer sichert das Haus, wenn der Seniorenbeirat nachts ein- und ausgeht? Kann „ungestört“ gearbeitet werden, wenn Büchereinutzer alles anschauen?

In einer leidenschaftlichen Debatte wurde das offene Büchereikonzept mehrheitlich beschlossen, Workshops durchgeführt und Referenzbeispiele anderer Stadtteilbüchereien besichtigt.

... und die Grenzen

Wie fragil der Konsens für eine „neue Kooperationswelt der Zivilgesellschaft“ ist, zeigte sich kurz vor Fertigstellung des Großprojektes Stadtbücherei. Mit Wechsel der kommunalpolitischen Verantwortung wurden, statt den Mehrwert und gegenseitigen Nutzen aller gesellschaftlichen Gruppen zu forcieren, alte „Sicherheitsgrenzen“ gezogen. Die Räume zu bürger-schaftlichen Zwecken wurden in ein anderes Stockwerk verfrachtet.

Erneut standen Sicherheits- und Trennungsfragen im Vordergrund, bürokratische Zuordnung und ein Vorrang der jeweiligen Fachpolitiker.

Es ließ sich hervorragend studieren, welche „Echoeffekte“ es hat, wenn ein anderes Ordnungs- und Führungskonzept über unsichere Bürger „hereinbricht“. Ziehen sich Kulturpolitiker auf ihre Lesungen und Bücher zurück, ziehen sich Sozialbürger auf ihre Beratungen und Klientenatmosphären zurück, wird der ökonomische Nutzen der Cafeteria in der Bücherei forciert, ziehen sich die ehrenamtlichen Helfer einer Bewirtung zurück. Wird die Sicherheitsfrage der Bücher diskutiert, zweifeln Bürger daran, ob eine Mithilfe zu jeder Zeit dort ein Sicherheitsrisiko darstellt.

Wäre die Bücherei eine Tendenzbücherei, etwa eine katholische Pfarrbücherei, würden diese Fragen anders diskutiert.

Was bei einem „Tendenzprojekt“ (Privatschule, kirchliche Klinik etc.) über Ideologie hergestellt wird, wie z. B. Elternmitwirkung, Sponsoring etc., erscheint im öffentlich-rechtlichen Zusammenhang schwierig – die Zivilgesellschaft hat auf dieser konkreten Ebene kaum die Sprengkraft einer Glaubensgemeinschaft, bestenfalls mittels eines Mäzenaten.

Die Augsburgener Stadtbücherei bleibt ein beobachtungswertes Experiment, wie die neuen Kooperationen und Mischungen der „gebauten Zivilgesellschaft“ aussehen können und ob das Bündnisprojekt eine offene Bücherei ermöglicht.

Dabei sind MitarbeiterInnen innerhalb des professionellen Bereiches notwendig, die die Idee der Bürgergesellschaft begriffen haben und angstfrei umsetzen können. Auf die Angst der Verantwortlichen reagieren die Akteure, die freiwillig engagierten Bürger in Projekten in der Regel selbst durch Rückzug aus den Verpflichtungen.

Anmerkung

¹ Literaturhinweise der Kürze halber aus den drei Wirkungsbereichen: Hummel, Konrad: „Öffnet die Altersheime“, Beltz 1982/96; Hummel Konrad: „Bürgerengagement“, Lambertus 1995; Hummel Konrad: „Die kreative Stadt – an den Wurzeln der Demokratie“ in: von der Leyen (Hrsg.): „Füreinander da sein“, Herder 2007

Karl Foitzik: **Generationensolidarität und gesellschaftliches Engagement – Ein Nürnberger Projekt: „Großeltern stiften Zukunft e. V.“**

Projektziel: Eine Generation verbündet sich

Angehörige der Großelterngeneration – mit und ohne eigene Enkel – engagieren sich mit Zuwendung, Ideen und Geld zugunsten der Enkelgeneration.

Da Sozialkosten und leere öffentliche Kassen vielen Kindern einen guten Start ins Leben erschweren, setzen sich Großeltern für gute Startchancen für möglichst viele Kinder ein. Sie schließen einen persönlichen Generationenvertrag, fördern Projekte, die Kindern helfen, ihre persönlichen und sozialen Fähigkeiten zu entwickeln, übernehmen soziale Verantwortung und organisieren Begegnungen zwischen den Generationen.

Am Anfang – eine zündende Idee

Ich sitze an meinem Schreibtisch in der Evangelischen Fachhochschule in Nürnberg. Ein Anruf einer Mitarbeiterin des Evangelischen Bildungswerks Nürnberg: „Kannst Du Dir vorstellen, bei einer Großväterinitiative mitzumachen?“ Einige Tage zuvor hatte sie zum wiederholten Mal erlebt, dass ein Pfarrer bei

seiner Verabschiedung in den Ruhestand begeistert berichtete, dass er jetzt mehr Zeit für seine Enkel habe. Eine Idee war geboren: Großväter sollten dafür gewonnen werden, sich nicht nur für die eigenen Enkel zu engagieren, sondern auch für Kinder der Enkelgeneration, denen es schlechter geht als den eigenen Enkelkindern. Ein ressourcenorientierter Ansatz, dem ich mich nicht verschließen konnte. Sie vermutete in mir und anderen Großvätern eine potenzielle Zielgruppe, die sie in einer schwierigen Situation um Hilfe bitten kann.

Der konkrete Anlass: Die halbe Stelle einer Sozialpädagogin, zu deren wichtigen Aufgaben es gehört, sich um die Einführung, Begleitung und Unterstützung der ehrenamtlichen Leiterinnen von mehr als 200 Eltern-Kind-Gruppen im Dekanat Nürnberg zu kümmern, stand aus finanziellen Gründen zur Disposition. Eine Aufgabe für stolze Großväter?

Erste Überlegungen

Fast alle Angerufenen stimmten darin überein, dass die halbe Stelle unbedingt erhalten werden müsse. Sie